

Die Grenzen der Postwachstumsforschung

HUMANE WIRTSCHAFT sprach mit Mitgliedern der Bundestags-Enquetekommission „Wachstum – Wohlstand – Lebensqualität“

Pat Christ

Die Energiewende sei geradezu eine Probe aufs Exempel, inwieweit sich „green growth“ erfolgreich umsetzen lässt – dies verkündete Franz Fehrenbach von der Robert Bosch GmbH im Februar bei einer Greentech-Konferenz in Frankfurt. Bosch sieht in der Energiewende vor allem eines: Wachstumschancen. Und genau darum scheint es in Deutschland nach wie vor zu gehen. Trotz zunehmender Wachstumskritik. Und einer Enquetekommission, die den Stellenwert von Wachstum ebenfalls kritisch hinterfragt.

Vor rund drei Jahren ließ Angela Merkel verlauten: „Wir müssen lernen, den Wachstumsbegriff neu zu definieren.“ Anfang 2011 äußerte sie in einer Grundsatzrede gar, es sei einer der „der fatalsten Irrtümer“ auf den Finanzmärkten, „dass man das Wachstum über alles gesetzt hat“. Vielleicht klang das seinerzeit gut. Zwischenzeitlich scheint Merkel jedenfalls vergessen zu haben, was sie damals gesagt hat.

Bei diversen Auftritten in jüngster Zeit teilte sie ihre eigene Ansicht nicht. „Wachstum“ ist bei ihr vielmehr wieder ein beliebtes Thema. Zum Beispiel in ihrer Regierungserklärung vom 21. Februar, als es um die Beschlüsse für einen neuen EU-Finanzrahmen ging. Diese Beschlüsse, freute sie sich, „werden die Europäische Union auf ihrem Weg zu mehr Wachstum stärken“. Deutschland, heißt es weiter, habe ein zentrales Verhandlungsziel erreicht: „Denn der neue Finanzrahmen ist stärker als der alte auf Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung



*Nichts kann endlos aufwärts gehen – aber die Wirtschaft soll stetig wachsen.
Foto: Pat Christ*

ausgerichtet.“ Jeder verstehe, dass dies in der augenblicklichen Zeit „von überragender Bedeutung“ sei. Permanentes Wachstum ist reiner Wahnsinn, sagen jene, die einmal zu Ende gedacht haben, was es denn bedeutet, endlos zu wachsen. Ulrich Brand, Mitglied der Enquetekommission, spricht sogar von „Wachstumsbesoffenheit“. Und die ist derart ausgeprägt, dass eigentlich nichts dagegen ankommt, meint er. Leider auch keine Kommission.

Starker „goldener“ Hebel

Hier spricht einer, der die Hoffnung verloren zu haben scheint, dass ein Gremium wie die Enquetekommission entscheidende Weichenstellungen vornehmen könnte. „Die Kommission macht eine wichtige Arbeit“, räumt der Globalisierungsforscher und wissenschaftliche Attac-Beirat ein. „Doch die Ergebnisse werden in der aktuellen Konjunktur am Rand bleiben oder sogar untergehen, weil die Wachstumseuphorie, der goldene Hebel, um aus der Krise zu kommen, so stark ist.“

Dass es zu einem bewusst herbeigeführten Abbruch der Wachstumsdynamik kommt, glaubt auch Christopher

Laumanns vom Projekt „Enquete-watch“ des in Leipzig ansässigen Vereins „Konzeptwerk Neue Ökonomie“ nicht. „In manchen Untergruppen sind zwar beachtliche Konsense über die Parteigrenzen hinweg erzielt worden“, sagt er gegenüber der **HUMANEN WIRTSCHAFT** mit Verweis auf den Bericht der Projektgruppe 3: „Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung“. Das gelte jedoch nur für die Analyse der Probleme unserer Wirtschaft: „Bei den Handlungsempfehlungen wird deutlich, dass die Koalition möglichst wenig am Status Quo ändern möchte.“

Damit wird Laumanns zufolge die Illusion aufrechterhalten, dass weiterhin Wachstum ohne die immer drängenderen Gefahren ökologischer und sozialer Krisen möglich sein könnte. „Da Union und FDP mit ihrer Mehrheit in der Kommission ihre Positionen durchsetzen können, antworten SPD, Grüne und Linke mit zahlreichen Sondervoten“, erläutert er.

Suffizienz als Business Case

Warum diese mit derart heißer Nadel gestrickt zu sein scheinen, wird plausibel, wenn man bedenkt, dass viele Kommissionsmitglieder der Opposition

lange auf einen Konsens auch bei den Lösungsmöglichkeiten gehofft hatten. Laumanns Fazit: „*Ein überzeugender Weg aus der ökologischen und aus der Eurokrise ist vom Kommissionsbericht leider nicht zu erwarten.*“

Dass sich Unternehmen dessen ungeachtet auf ein sinkendes Wachstum einstellen müssen, davon ist Professor Uwe Schneidewind überzeugt. Die Devise lautet: „Suffizienz als Business Case“. Gegenüber der **HUMANEN WIRTSCHAFT** erläutert der Mitarbeiter beim Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie und Mitglied der Enquetekommission, was sich dahinter verbirgt.

Anders als beim Lean Management, das durch rigides Sparen zu Wachstum kommen will, soll der Erfolgsfaktor „Suffizienz“ Firmen in zukunftsorientierter Weise handlungsfähig machen. „*Es geht um die Frage, wie ein ‚Weniger‘, ‚Langsamer‘ und ‚Regionaler‘ Grundlage für Geschäftsmodelle werden kann*“, sagt er. Hier gebe es überraschend viele Perspektiven. Sinkendes Wirtschaftswachstum bedeutet also nicht das Ende einer innovativen und beweglichen Unternehmenslandschaft.

Es zählen andere Werte

Müsste sich die Wirtschaft nicht sogar gesundschrumpfen? Nein, meint Schneidewind. Notwendig sei jedoch eine „Orientierung an neuen Wohlstandsmaßen“: „*Denn es zeigt sich, dass Wachstum immer weniger mit Lebensqualität zu tun hat. Gerechtigkeit, soziales Miteinander, mehr zeitliche Autonomie, eine intakte Umwelt – diese Werte zählen für viele Menschen heute mehr.*“

Das Credo der Politik, dass die Wirtschaft unbedingt weiter wachsen muss, wird darum immer stärker angezweifelt. Viele Menschen gehen in ihrem unmittelbaren Umfeld eigene kleine Reformen an. Sie gründen zum Beispiel Tauschsysteme.

Den Trend hin zu Tauschringen und regionalen Währungen begrüßt Schneidewind: „*Das schafft wichtige Freiräume, in denen andere Regeln des wirtschaftlichen Austauschs gelten. Der Ausbau dieser alternativen ökonomischen Formen könnte zu neuen Gleichgewichten führen, welche die*

Vorteile globalen Austauschs mit denen regionaler Resilienz verbinden.“ Eine völlig neue Geldordnung auf globalem Maßstab hält Schneidewind hingegen für „Utopie“.



Im Räderwerk des Wachstumswahns drohen viele humane Werte zermahlen zu werden.

Foto: Pat Christ

Parteilpolitik ging vor

Durch die Kommissionsarbeit wurden die internen Differenzen der Parteien in Bezug auf die Probleme unserer Wirtschaft deutlich. Dass die Arbeit der Kommission letztlich der Parteilpolitik geopfert wurde, ist für Christopher Laumanns von „Enquetewatch“ mehr als bedauerlich. „*Doch eine soziale und umweltgerechte Wirtschaft lässt sich ohnehin nicht durch einen Kommissionsbericht einsetzen*“, räumt er ein.

Wer nicht länger zuschauen möchte, wie die zur Neige gehenden Ressourcen für ein mehr als fragwürdiges Wirtschaftswachstum vernutzt werden, muss sich Laumanns zufolge einmischen und zu Gehör melden. „*Es liegt nun an der Zivilgesellschaft und den sozialen Bewegungen, Druck auf die Parteien auszuüben*“, sagt er. Auch die Gewerkschaften seien entscheidend. Sie müssten davon überzeugt werden, dass ein weiterer Wachstumspfad ökonomisch wie ökologisch nicht sinnvoll ist.

Weil die Wirtschaft wachsen muss, wird auch vor kolonialistischen Methoden nicht Halt gemacht. Stichwort: Land Grabbing. Um Rohstoffe zu gewinnen, sichern sich Investoren durch

Auslandsdirektinvestitionen und langfristige Pachtverträge Agrarflächen in Entwicklungsländern. Auch deutsche Firmen sind daran beteiligt, vor allem in Ghana und Äthiopien. Am Rande tauchte dieses Thema auch bei der Enquetekommission auf. So heißt es in einem Bericht vom Herbst 2012: „*Das globale Wirtschaftswachstum hat zu einem starken Anstieg der Rohstoffförderung geführt. Im letzten Jahrhundert ist die globale Entnahme von fossilen Energieträgern um den Faktor 12 gestiegen.*“

Zivilgesellschaft muss stark sein



Dass allerorten Zweifel an der Sinnhaftigkeit des Wachstums laut werden, macht Christopher Laumanns von „Enquetewatch“ Hoffnung. Eine starke Zivilgesellschaft sei fähig, die Politik der Bundesregierung positiv zu beeinflussen, betont er: „*Das hat sich schon in der Atompolitik gezeigt.*“ 2014 findet die seit 2008 im Zwei-Jahres-Rhythmus ausgerichtete Internationale De-growth-Konferenz in Leipzig statt, so sein Hinweis. „*Spätestens dort werden hoffentlich verschiedenste Akteure zusammenkommen, um eine sozial-ökologische Transformation in Deutschland und Europa voranzutreiben*“, hofft der Postwachstumsaktivist.

Wie wahnsinnig das herrschende Wirtschaftssystem ist, zeigt sich daran, dass die Menschen immer weniger im Mittelpunkt stehen. Es geht zunehmend um das System selbst. Und das droht, zu einer immer brutaleren Ausbeutungs- und Vernichtungsmaschinerie zu verkommen. Schade, dass angesichts dieser bedrohlichen Situation von der Enquetekommission nicht allzu viel zu erwarten sein darf. So äußerte selbst der von der Union ausgewählte Sachverständige Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge in der Kommissionssitzung im Februar die Ansicht, die Entwicklung konkreter Vorschläge würde die Kommission zum jetzigen Zeitpunkt „überfordern“.

Dass die Kommission überfordert ist, diese Wahrnehmung machte auch Hermann Ott, klimapolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag und Kommissionsmitglied. Besonders bedauerlich findet er, wie er gegenüber der **HUMANEN WIRTSCHAFT** bemerkt, dass die Geldord-

nung als entscheidender Beitrag zum Wachstumszwang ignoriert werde. „In der Enquetekommission hätten wir uns wesentlich intensiver mit den Lösungen für diese Problemlage befassen müssen“, unterstreicht er. Leider habe es jedoch kein gemeinsames Verständnis über dieses Problem gegeben: „Hier ist weitere Arbeit dringend nötig!“

Ein verheerendes Signal 

In seinem Aufsatz „Wachstumszwang und Nachhaltigkeit“ machte der Schweizer Hans Christoph Binswanger bereits 2008 auf die Notwendigkeit aufmerksam, das Geldsystem weiterzuentwickeln. Auch in der Enquetekommission legte Binswanger dar, dass die herrschende Geldordnung ihrer inneren Logik zufolge Wachstumszwang schafft. „Und zwar sowohl aufgrund des Zinsdrucks als auch aufgrund der Aufblähung der Geldmenge, die sich von der Realwirtschaft ziemlich abgekoppelt hat“, kommentiert er.

Wachstum verlange also Wachstum. Ott: „Und das ist ein verheerendes Signal für eine Welt mit engen Grenzen.“

Ott bleibt als Hoffnung die öffentliche Aufwertung des Themas „Wachstum“: „Die gesellschaftliche Aufmerksamkeit ist so stark wie in den 1970er Jahren, als der Bericht an den Club of Rome für Aufsehen sorgte.“ Dafür seien die unterschiedlichen Krisen der letzten Jahre verantwortlich: „Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat uns vor Augen geführt, dass ein verengter Blick auf das Ziel des wirtschaftlichen Wachstums zu großen Verwerfungen führen kann.“

Crashes und Krisen zeigten deutlich, dass eine Umorientierung wirtschaftlichen Handelns durch eine sozial-ökologische Transformation unausweichlich ist. „Noch stehen uns die Möglichkeiten offen, diese Modernisierung selber zu steuern, also ein ‚change by design‘ herbeizuführen“, sagt Hermann Ott. Und zwar dadurch, dass „echte, poli-

tische Ziele“ zum Maßstab werden – im sozialen, ökologischen, kulturellen und auch im wirtschaftlichen Bereich. „Wenn wir diese Chance nicht nutzen, werden wir aber bald an die Grenzen des Wachstums sowie die Grenzen des Planeten insgesamt stoßen und damit zum ‚change by disaster‘ gezwungen.“ 

Zur Autorin
Pat Christ 



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg. Seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig. Schwerpunkte: Berichterstattung

aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.

Archiv für Geld- und Bodenreform

Sondersammlung in der
Bibliothek der
Carl von Ossietzky-Universität

Uhlhornsweg 49-55, 26129 Oldenburg
Raum B 232 im Saal 6 auf der Ebene 2



Kontakt:

Werner Onken, Dipl.-Ökonom
Salbeistr. 27, 26129 Oldenburg
Fon: 0441 – 36 111 797
eMail: onken@sozialoekonomie.info
Web: www.sozialoekonomie.info

